



Niederschrift

35. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.03.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 18:20 Uhr
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Arndt Sändig	DIE aNDERE	bis 19:42 Uhr

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	Vertr. für Herrn Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken Fraktion Bürgerbündnis-FDP
----------------------	---------------	--

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW
Herr Tino Henning	DIE LINKE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Stefan Matz	DIE LINKE
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4
-------------------	-------------------------------------

Frau Birgit Malik	Groß Glienicker Forum	Vertretung für: Herrn Winfried Sträter Groß Glienicker Forum
-------------------	-----------------------	--

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	nicht teilgenommen
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Herr Winfried Sträter	Groß Glienicker Forum	entschuldigt
-----------------------	-----------------------	--------------

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.2.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0054
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, KOUL (ff)
(2. Lesung)
 - 3.2 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Fraktion DIE aNDERE

- KOUL, SBV (ff)
(Wiedervorlage)
- 3.3 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
SBV, FA, HA
(Wiedervorlage)
- 3.4 Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0009
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, KOUL (ff), OBR Fahrland
(2. Lesung)
- 3.5 Marktplatz im Kirchsteigfeld
Vorlage: 18/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, HA
(Wiedervorlage)
- 3.6 Beleuchtung entlang des Haveluferwegs in Potsdam-West
Vorlage: 18/SVV/0146
Fraktion CDU/ANW
- 3.7 Mehrweggeschirr und Fair-Trade-Produkte
Vorlage: 18/SVV/0149
Fraktion DIE aNDERE
- 3.8 Tempo 30 im Lerchensteig
Vorlage: 18/SVV/0127
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.9 Umweltfreundliche Hundekot-Entsorgung
Vorlage: 18/SVV/0153
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.10 Verkehrslenkung für die vom Schleichwegeverkehr betroffenen Wohngebiete im
Bornstedt/Bornim/Nedlitz
Vorlage: 18/SVV/0155
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.11 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee
Vorlage: 18/SVV/0157
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.12 Touristische Aufwertung des Landschaftsschutzgebietes Parforceheide durch
ein Wanderleitsystem
Vorlage: 18/SVV/0170
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE zur Aufstellung von Biomooswänden in belasteten Straßen (DS)

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.2.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Er informiert, dass sich Herr Wartenberg verspäten wird, der zunächst noch am Ausschuss für Kultur und Wissenschaft in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher von Fahrland teilnimmt.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 22.2.2018 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 4:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung wird gebeten, den Tagesordnungspunkt 3.3 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“ vorzuziehen und nach 3.1 zu behandeln.

Den Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.5 „Marktplatz im Kirchsteigfeld“ hat der Antragsteller im Vorfeld der Sitzung als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt; er braucht nicht mehr aufgerufen zu werden.

Ein Antrag auf Rederecht liegt zum TOP 3.3 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“ vor. Herr Andreas Menzel möchte für die Anwohner des Ortsteils Groß Glienicke sprechen.

Gegen das Rederecht gibt es keine Einwendungen.

Der Vorsitzende stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Sie wird einstimmig bestätigt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Landeshauptstadt Potsdam** **Vorlage: 18/SVV/0054**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI, KOUL (ff)

(2. Lesung)

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) stellt zunächst anhand einer Übersicht die landwirtschaftlich verpachteten Flächen der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) dar (eine Bitte der Mitglieder aus der vorherigen Sitzung des KOUL-Ausschusses v. 22.2.2018). Er führt aus, dass Glyphosat, wenn überhaupt, nur auf gewerblich genutzten Flächen zulässig sei. Bei bestehenden Pachtverträgen über landwirtschaftliche Flächen bzw. deren Verlängerung, ist eine Änderung der Vertragsbedingungen nicht möglich. Eine vertragliche Festlegung, die den Einsatz von Glyphosat verbietet, sei nur über Neuverträge möglich, und ob unter dieser Bedingung die Flächen noch verpachtet werden könnten, sei fraglich.

Für den Einsatz von Glyphosat durch die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH (ViP) zur Freihaltung der Tramtrassen (Schotterbett) von Gras bzw. Unkraut gebe es derzeit keine Alternativen. Der Einsatz von Glyphosat könne nur vermieden werden, indem die bestehenden Schottergleise als Grasgleise umgestaltet würden.

Herr Walter sieht durchaus Alternativen zum Einsatz von Glyphosat und erinnert noch einmal deutlich an die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit. Alternativen seien unbedingt zu prüfen.

Herr Rietz weist darauf hin, dass es im Hinblick auf landwirtschaftlich genutzte Flächen demnächst eine Bundesregelung geben wird, sodass dieser Punkt hier keine abschließende Behandlung bedarf.

Er beantragt, den Punkt fünf des Antrages,

„Unter Beteiligung fachbezogener Behörden (u.a. Bauamt, Umweltamt, Grünflächenamt) wird für alle kommunale Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.“

abzustimmen und die Punkte eins bis vier zurückzustellen bis ein entsprechendes

Konzept erarbeitet ist.

Herr Kirsch plädiert dafür, nur den Punkt fünf des Antrages abzustimmen und die Punkte eins bis vier zu streichen. Für die Erstellung des beabsichtigten Konzeptes schlägt er einen Zeitraumen von sechs Monaten vor.

Herr Walter bleibt für den Antragsteller bei dem ursprünglichen Antrag, der in Gänze abgestimmt werden soll.

Herr Jäkel spricht sich für Grasgleisbetten aus. Die seien mechanisch und ohne Einsatz von Chemikalien zu pflegen.

Herr Glaser (Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH [ViP]) erläutert zwei wesentliche Funktionen von Schotterbetten. Sie dienen zum einen der Aufnahme und Verteilung der Kräfte, die durch u. a. die Masse und Beschleunigung der Schienenfahrzeuge sowie thermische Belastungen durch Witterung auf das Gleisbett wirken. Zum anderen zur Verteilung einwirkenden Stroms, um Stromkorrosion an Metallteilen zu verhindern. Für beide Funktionen benötigt das Schotterbett eine bestimmte Beschaffenheit, für die es notwendigerweise von Unkraut und (Gras)Bewuchs bis hin zu dessen Wurzelwerk freizuhalten ist. Der Einsatz alternativer Substanzen wurde geprüft. Es habe sich aber gezeigt, dass Glyphosat hierbei noch das unschädlichste Mittel ist. Die Umgestaltung von Schottergleisen in Rasengleise sei theoretisch möglich und an vereinzelt Stellen auch schon umgesetzt. Für die gesamte umzugestaltende Fläche würden jedoch Kosten in Höhe von sieben Millionen Euro anfallen.

Auf Nachfragen geht Herr Glaser ein.

Herr Jäkel betont nochmals, dass Gifte überhaupt nicht eingesetzt werden sollen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Rietz auf Abstimmung des Punktes fünf bei Zurückstellung der Punkte eins bis vier, inkl. der Einfügung der Konzepterstellungsdauer von sechs Monaten von Herrn Kirsch, zur Abstimmung.

Er wird mit 3:4:0 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den (ungeänderten) Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Potsdam verzichtet ab sofort bei allen Flächen unter ihrer Bewirtschaftung auf den Einsatz von Herbiziden mit dem Wirkstoff

Glyphosat. Ausnahmegenehmigungen für die Anwendung solcher Mittel auf Nichtkulturflächen werden ab sofort nicht mehr bei den Landesbehörden beantragt.

2. Private Unternehmen, die Aufträge von der Landeshauptstadt Potsdam zur Pflege von Grün-, Sport- und Verkehrsflächen erhalten, werden entsprechend auf einen Glyphosatverzicht vertraglich verpflichtet. Bei laufenden Verträgen wird auf eine freiwillige Einigung hingewirkt.
3. Beim Abschluss neuer Pachtverträge für gemeindliche landwirtschaftliche Flächen und bei der Verlängerung von Pachtverträgen wird eine Klausel eingefügt, mit der sich der Pächter zum vollständigen Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln auf diesen Flächen verpflichtet. Diese Vorgabe wird auch bei Verträgen umgesetzt, die eine automatische Verlängerung für den Fall vorsehen, dass keine Kündigung erfolgt.
4. Städtische Einrichtungen, die Informations- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit privater Gartenpflege erbringen, weisen nachdrücklich auf das geltende Verbot der Anwendung glyphosat-haltiger Mittel auf befestigten Flächen hin und vermitteln den Zugang zu Informationsquellen hinsichtlich einer pestizidfreien Pflege von Haus- und Kleingärten.
5. Unter Beteiligung fachbezogener Behörden (u.a. Bauamt, Umweltamt, Grünflächenamt) wird für alle kommunale Grün- und Verkehrsraumflächen ein angepasstes Planungs- und Pflegekonzept erstellt, das eine Bewirtschaftung ohne Glyphosat und weitestgehend ohne andere Pestizide ermöglicht. Dafür soll auf die Erfahrungen anderer Kommunen sowie sonstige Expertise (u.a. aus Umweltverbänden) zur Umsetzung einer pestizidfreien Grünflächenpflege zurückgegriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 3.2 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße

Vorlage: 17/SVV/0912

Fraktion DIE aNDERE

KOUL, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Rubelt erklärt, dass die Berichterstattung zu den Ergebnissen des Modellversuchs in der Zeppelinstraße im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr stattgefunden hat.

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) kündigt eine entsprechende Mitteilungsvorlage mit Maßnahmenvorschlägen noch vor der Sommerpause an und unterbreitet den Mitgliedern den Vorschlag, aufgrund der Fülle von beantragten einzelnen Maßnahmen, die o.g. Mitteilungsvorlage abzuwarten. Einzelanträge hierzu sollte vorher nicht abgestimmt werden.

Herr Sändig teilt für den Antragsteller mit, wenn eine Bündelung aller Maßnahmenvorschläge vorgenommen wird, kann der Antrag zurückgestellt

werden bis die entsprechende Mitteilungsvorlage vorliegt.

**zu 3.3 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979**

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
SBV, FA, HA
(Wiedervorlage)

Herr Menzel (Anwohner Groß Glienicke) nimmt sein Rederecht wahr. Er verteilt eine Tischvorlage der Bürgerinitiative an die Mitglieder und führt zu den negativen Auswirkungen im Ortsteil durch die Unterbrechung der Busverbindung aus. So hätten sich Wege verlängert, Pendler und andere Reisende müssten längere Fahrt- bzw. Wartezeiten in Kauf nehmen. Gerade Wartezeiten seien bei schlechter Witterung zusätzlich unangenehm. Er hält die derzeitige Lösung zudem für unsozial. Diejenigen, die es sich leisten können, steigen wieder auf das Auto um, was einer umweltgerechten Lösung ebenfalls entgegenstehe. Ein weiterer großer Kritikpunkt sei die zusätzliche Erschwernis vor allem für Menschen mit Behinderungen. Die, vor allem wenn die alten Tatra-Bahnen eingesetzt würden, unter Umständen keine Chance mehr auf Beförderung hätten. Herr Menzel wünscht sich einen attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr und bittet daher um Aufhebung der Kappung der Busverbindung der Linie 638.

Frau Malik (stellv. Ortsvorsteherin Groß Glienicke) bringt den Antrag ein und erläutert die Sicht des Ortsbeirates. Sie erklärt, dass seitens der Kommunalaufsicht formale Bedenken gegen den im Antrag 17/SVV/0979 vorgeschlagenen Beschlusstext geäußert worden sind. Aus diesem Grund wurde im Ortsbeirat Groß Glienicke der Antragstext per Beschluss wie folgt geändert, den sie hiermit in den KOUL-Ausschuss einbringt:

„Der Absatz:

„Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird als Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Potsdam für die VIP GmbH beauftragt, in einer zeitnah einzuberufenden Gesellschafterversammlung der ViP die Weisung zu geben, den Bus 638 wie gewohnt bis und vom Hauptbahnhof Potsdam auch nach der Fahrplanumstellung 12-2017 fahren zu lassen.“

wird ersetzt durch

„Der Potsdamer Oberbürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich eine Gesellschafterversammlung der Potsdamer Stadtwerke einzuberufen. In dieser soll er die Geschäftsführer als Gesellschaftsvertreter in der VIP anweisen, die Busse der Linien 638 und 604 wie vor der neuerlichen Fahrplanumstellung bei jeder Fahrt von und bis zum Potsdamer Hauptbahnhof fahren zu lassen.“

Zur Kenntnis gibt Frau Malik einen weiteren Beschluss des Ortsbeirates Groß Glienicke (18/OBR/0064) zum Busverkehr zwischen Groß Glienicke und Potsdam vom 20.3.2018:

„Der Ortsbeirat fordert rasche Verbesserungen der ÖPNV-Verbindung von Groß Glienicke in die Potsdamer City und bittet den Oberbürgermeister, dass er sich für die ernsthafte Prüfung einer Rückkehr zum durchgehenden Busverkehr (638) einsetzt.

Mit dieser Bitte ergänzt der Ortsbeirat seinen Beschluss vom 19.12.2017, in dem es heißt, „Der Ortsbeirat bittet den Oberbürgermeister, die Auswirkungen der Verkürzung der Buslinie 638 hinsichtlich Fahrgastzahlen, Fahrgastzufriedenheit und Fahrzeiten bis zum Hauptbahnhof überprüfen zu lassen und dem Ortsbeirat im Laufe des Jahres 2018 Bericht zu erstatten.“

Herr Glaser (Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH [ViP]) bestätigt, dass die angekündigte Situation der „Tür zu Tür“-Verknüpfung schwierig ist und die Überwachung verstärkt werde. Richtig ist ebenfalls, dass sich die Fahrzeit um 4 Minuten verlängert hat. Die Anschlusssituationen der Tram mit dem Ziel einer Verbesserung der Informationen für den/die Nutzer wurden überprüft. Aus diesem Grund wurden aktuell die Haltestellen-Aushänge vom Hauptbahnhof bis zum Rathaus um die zusätzlichen Informationen zu den Anschlüssen ergänzt sowie ein entsprechender Flyer gedruckt. Die geplanten Anschlüsse, betont er, funktionieren. Was die Fahrplangestaltung angeht, sehe er derzeit keinen Handlungsbedarf. Zur angesprochenen Barrierefreiheit teilt Herr Glaser mit, dass derzeit noch 9 Tatra-Bahnen im Einsatz seien. In Arbeit seien Combino-Fahrzeuge, die nach Fertigstellung eingesetzt würden. Es sei jedoch unumgänglich, dass die eingesetzten Tatras noch einige Jahre fahren werden. Der ViP unternimmt den Versuch, diese möglichst dort einzusetzen, wo wenig Verkehr ist. Eine Vermeidung des Einsatzes auf der Linie 96 wird jedoch nicht umsetzbar sein.

Herr Jäkel sieht dringenden Verbesserungsbedarf, den er in der Auseinandersetzung im Ortsbeirat vermisst. Die von Frau Malik eingebrachte Änderung des Antragstextes (sh. oben) sei abzulehnen.

Zum vorgestellten Ortsbeiratsbeschluss (DS 18/OBR/0064) stellt Herr Jäkel den Änderungsantrag, auf Streichung des Halbsatzes, "und bittet den Oberbürgermeister, dass er sich für die ernsthafte Prüfung einer Rückkehr zum durchgehenden Busverkehr (638) einsetzt."

Für die gesamte DS kündigt er einen Änderungsantrag zur Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 27.3.2018 an.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, den Antrag heute in 1. Lesung zu behandeln.

Dagegen gibt es keine Einwände.

Der Vorsitzende schließt die 1. Lesung.

Der Antrag 17/SVV/0979 wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung in 2. Lesung erneut

aufgerufen.

zu 3.4 Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0009

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, KOUL (ff), OBR Fahrland
(2. Lesung)

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Walter erkundigt sich, ob sich Ortsteile, die Bedarfe an Ladesäulen haben, an die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) wenden können oder ein Antrag für die Stadtverordnetenversammlung nötig sei.

Frau Keil (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass die LHP keinen Einfluss darauf habe, ob an der gewünschten Stelle eine Ladesäule aufgestellt wird, da sie nicht Betreiber der Ladesäulen ist und die Umsetzung durch Drittanbieter (z. B. die EWP) erfolgt. Werden Ladesäulen an den benannten Standorten im Konzept errichtet, erfolgt ein Monitoring, d. h. die Auslastung (Ladevorgänge und getankte kWh) wird vom Betreiber jährlich an die LHP übermittelt. Darauf aufbauend wird entschieden, ob eine Erweiterung der Standorte erforderlich ist und ggf. weitere Standorte in den Ortsteilen in das Konzept aufgenommen werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das „Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam“ (Anlage 1) bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns bei der Förderung und Genehmigung von Ladesäulen auf öffentlichen Flächen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Marktplatz im Kirchsteigfeld

Vorlage: 18/SVV/0053

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, HA

(Wiedervorlage)

Der Antragsteller erklärt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.
(sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.6 Beleuchtung entlang des Haveluferwegs in Potsdam-West

Vorlage: 18/SVV/0146

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass eine Umsetzung der Maßnahme aus haushaltstechnischen Gründen in 2018 nicht möglich ist. Nach Erarbeitung eines Beleuchtungskonzeptes und Bereitstellung von zusätzlichen Investitionsmitteln sei eine Umsetzung in 2019/2020 realistisch.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass der dortige Vorhabenträger zugesagt habe, sich an den Kosten für die Beleuchtung auf dem Abschnitt vom Art'Otél bis zum Havelufer (mit ca. acht Leuchtpunkten) zu beteiligen. Dieser Umstand scheint in der Untersuchung der Verwaltung noch nicht aufgenommen, sodass er darum bittet, so schnell wie möglich mit dem Vorhabenträger darüber in Abstimmung zu treten.

Bei der Prüfung des im Antrag geforderten Uferweges soll der vorgenannte Abschnitt mit Blick auf das Angebot des Vorhabenträgers gesondert geprüft und das Ergebnis getrennt ausgewiesen werden.

Herr Walter regt an, solche Anträge auch in den Arbeitskreis Lichtplanung einzubringen.

Herr Rubelt versteht den hiesigen Antrag als eine Aufgabe der Verkehrssicherungspflicht, was im Arbeitskreis Lichtplanung nicht richtig verortet wäre.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den derzeit nur punktuell beleuchteten Haveluferweg in Potsdam-West, auf eine hinreichende Beleuchtung zu

überprüfen. Mögliche Maßnahmen zur Aufwertung der Beleuchtungssituation sind dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und Verkehr sowie dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung im Mai 2018 vorzustellen. Die Realisierung von sinnvollen Maßnahmen zur Beleuchtung des Haveluferwegs, ist möglichst im IV. Quartal 2018 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.7 Mehrweggeschirr und Fair-Trade-Produkte

Vorlage: 18/SVV/0149

Fraktion DIE aNDERE

Herr Sändig bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er nimmt den vorliegenden Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit auf.

„Der Beschlusstext wird im 2. Absatz wie folgt ergänzt:

„Stattdessen wird auf Tassen aus Keramik **oder mitgebrachte, mehrfach verwendbare Thermo-Trinkbehältnisse zurückgegriffen**, die ggf. **verkauft bzw.** gegen Pfand auszureichen sind.“

Herr Jäkel rät davon ab, allzu spezifische Begriffe zu verwenden, „mehrfach verwendbare Trinkgefäße“ (statt „mehrfach verwendbare Thermo-Trinkbehältnisse“) sei hier besser gewählt und ausreichend.

Diese begriffliche Anpassung wird für die Ergänzung des Antrags übernommen.

Herr Dr. Pokorny (Fachbereich Verwaltungsmanagement) stellt klar, dass der Ausschank durch die Cafeteria in der Hauptsache an Beschäftigte der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) erfolgt. Plastikbecher gebe es dort überhaupt nicht, auch nicht bei der Ausstattung von Ausschusssitzungen. Eigene Behältnisse könnten auch jetzt schon mitgebracht und verwendet werden. Das verwendete Essgeschirr sei sowieso Mehrweg. Essen, das in Plastikbehältern verkauft wird, wird von den Mitarbeitern bezahlt und oft auch mehrfach verwendet. Der Punkt eins des Antrages sei damit hinfällig.

Zum Punkt zwei des Antrages erklärt er, dass die Mengen an Kaffee und Tee, die von der LHP gekauft werden im Verhältnis eher gering seien, der Großteil würde von den Mitarbeitern privat finanziert. Der von der LHP finanzierte Teil läuft über den zentralen Beschaffer, der an laufzeitfestgelegte Verträge gebunden sei. Diese müssten gesondert auf die Möglichkeit der Vornahme der hier beantragten Änderung geprüft werden.

Blumen und Geschenke bewegen sich ebenfalls in geringen Mengen. Bei Geschenken (beispielsweise Bücher) ist es fraglich, ob es diese überhaupt als Fair-Trade-Produkt gibt.

Herr Walter weist darauf hin, dass die von der Cafeteria verwendeten Coffee-To-Go-Becher zwar aus Pappe seien, jedoch mit einem Plastikdeckel bestückt. Das

Argument, dass Fair-Trade-Produkte kostenintensiver seien als herkömmliche lässt er nicht gelten. Fair-Trade sei heute schon günstiger.

Diesen Argumenten schließt sich Herr Sändig ausdrücklich an.

Herr Piest stellt fest, dass ihm kein Ausschuss bekannt sei, bei dem Pappbecher verwendet würden, bis auf sehr vereinzelt durch Stadtverordnete selbst mitgebrachte. Die Thematik der Beschaffung an der LHP sei zudem in den vergangenen Jahren mehrmals ausführlich diskutiert worden, das müsse in diesem Rahmen nicht wiederholt werden.

Herr Kirsch stellt den Änderungsantrag, den Antrag wie folgt neu zu formulieren,
„Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Caterer zu prüfen, ob Pfandtassen zur Verfügung gestellt werden können.“
damit keine Pappbecher mehr verwendet werden müssen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungstrag zur Abstimmung.

Der Antrag 18/SVV/0149 wird wie folgt neu formuliert:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Caterer zu prüfen, ob Pfandtassen zur Verfügung gestellt werden können.

Er wird mit 4:3:0 Stimmen angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die Stadtverwaltung verzichtet auf den Einsatz von Plastikbechern zum Ausschank von Kaffee, Tee und anderen Getränken insbesondere in der Cafeteria aber auch bei Sitzungen von Ausschüssen und anderen Arbeitskreisen. Stattdessen wird auf Tassen aus Keramik zurückgegriffen, die ggf. gegen Pfand auszureichen sind.~~

~~Beim Ankauf von Kaffee und Tee wird auf fair gehandelte Produkte zurückgegriffen.~~

~~Für Präsente und Geschenke wie bspw. Blumen werden fair gehandelte Produkte beschafft.~~

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Caterer zu prüfen, ob Pfandtassen zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

zu 3.8 Tempo 30 im Lerchensteig

Vorlage: 18/SVV/0127

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Walter weist auf das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen an diesem Standort hin, wenn die geplante Sportanlage gebaut ist. Er erkundigt sich, ob dieser Umstand in der Mitteilungsvorlage berücksichtigt worden ist.

Herr Rietz verweist darauf, dass mit dem Beschluss zur Errichtung der Sportanlage auch die Erstellung eines entsprechenden Fuß- und Radweges beschlossen worden sei.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) bestätigt diese Ausführungen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0127 zur Kenntnis.

zu 3.9 Umweltfreundliche Hundekot-Entsorgung

Vorlage: 18/SVV/0153

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Kirsch erkundigt sich u. a., ob aktuell noch die Möglichkeit besteht, Tütenspender (inklusive Wartung und Befüllung) zu spenden.

Herr Walter möchte wissen, ob man diese Möglichkeit stadtweit, ähnlich wie bei Baumspenden, bewerben kann.

Frau Kosel (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) informiert, dass sich Spendenwillige jeder Zeit an die Verwaltung wenden können, mit der zusammen dann der Spendegegenstand sowie die Modalitäten festgelegt werden.

Herr Kirsch bittet um eine Standortübersicht der Tütenspender.

Frau Kosel bietet an, sich diesbezüglich mit ihm in ca. drei Wochen per E-Mail in

Verbindung zu setzen.

Herr Kirsch stimmt diesem Verfahren zu.

Herr Lack berichtet aus der Stadteilkonferenz Potsdam West über Beschwerden bezüglich unsachgemäß entsorgter Tüten sowie über nicht zufriedenstellende Antworten, die Anwohner auf ihre Beschwerden über das Maerker-Portal erhalten hätten.

Frau Kosel teilt mit, dass der Verwaltung Beschwerden aus Potsdam West vorliegen, insgesamt gebe es jedoch nur wenige Meldungen über unsachgemäß entsorgte Tüten. Für Potsdam West wird Handlungsbedarf gesehen, dem die Verwaltung nachgeht.

Letzte nicht krähensichere Papierkörbe würden nach und nach ersetzt. Das Papierkorbkonzept, über das hier im Ausschuss in der Vergangenheit regelmäßig berichtet wurde, sei dynamisch und werde stetig fortgeführt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0153 zur Kenntnis.

zu 3.10 Verkehrslenkung für die vom Schleichwegeverkehr betroffenen Wohngebiete im Bornstedt/Bornim/Nedlitz

Vorlage: 18/SVV/0155

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0155 zur Kenntnis.

zu 3.11 Städtebauliches Sanierungskonzept Kastanienallee

Vorlage: 18/SVV/0157

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen (Mitteilungsvorlage)

Herr Jäkel stellt zum Antrag, der zu dieser Mitteilungsvorlage geführt hat, klar, dass es ausdrücklich hieß, die Bäume weitestgehend zu erhalten. Er kündigt an, dieses Thema im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr noch einmal aufzugreifen.

Herr Rietz erkundigt sich nach dem Gesundheitszustand der Bäume. Eine entsprechende Maßnahme in diesem Bereich könne solange zurückgestellt werden, bis die Bäume aus gesundheitlichen Gründen sowieso entfernt werden

müssten.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) teilt mit, laut Baumgutachten seien die meisten Bäume intakt und vital. Sie erläutert die Mitteilungsvorlage und die darin enthaltenen Varianten ausführlich. (der vollständige Variantenüberblick wird dem Protokoll beigefügt)

Herr Lack informiert, dass hier ein hohes Interesse der Anwohner besteht, dem Rechnung getragen werden müsse.

Frau Woiwode erklärt, dass die öffentliche Beteiligung beabsichtigt ist und sowieso Bestandteil des Verfahrens sei. Sobald die Haushaltsmittel aufgestellt seien, werden die Anwohner eingebunden.

Herr Jäkel bittet, um die Anwohner zu beruhigen, um eine klarstellende Mitteilung an die Öffentlichkeit, dass die Kastanien stehen bleiben.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0157 zur Kenntnis.

zu 3.12 Touristische Aufwertung des Landschaftsschutzgebietes Parforceheide durch ein Wanderleitsystem

Vorlage: 18/SVV/0170

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0170 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE zur Aufstellung von Biomooswänden in belasteten Straßen (DS 17/SVV/0534)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert über einen größeren entsprechenden Modellversuch, der zurzeit in Stuttgart durchgeführt wird. Ergebnisse hierüber liegen noch nicht vor. Er schlägt vor, die Stuttgarter Resultate abzuwarten und in die hiesigen Überlegungen einzubeziehen.

Die Standortsuche für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) gestalte sich schwierig, da eine recht große Fläche benötigt werde und nicht jeder Standort sinnvoll sei bzw. die beabsichtigten Resultate erbringen würde. So könne über die Anbringung an Lärmschutzwänden nachgedacht werden, für eine gesonderte Errichtung seien die benötigten Flächen aber meist zu groß.

Herr Jäkel weist auf mobile Module hin und erkundigt sich, ob Kontakt zu Kommunen bestünde, die hiermit Erfahrung haben.

Herr Walter erkundigt sich nach dem Standort in der Breiten Straße, der geprüft werden sollte und wie die Ergebnisse evaluiert werden sollen.

Herr Schenke teilt mit, dass der Standort in der Breiten Straße durch den Hersteller ausgeschlossen wurde. Auch die Wirksamkeit mobiler Module hänge entscheidend von ihrem Standort ab. Die für gewinnbringende Ergebnisse benötigte zusammenhängende Moosfläche verringert die Auswahlmöglichkeiten geeigneter Standorte beträchtlich. Er plädiert nochmals dafür, den Modellversuch aus Stuttgart, der wissenschaftlich begleitet wird, abzuwarten. Ein Zwischenbericht sei im Herbst 2018 denkbar.

Herr Schenke geht auf weitere Nachfragen ein.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

Ein nächster Sachstandsbericht wird für Herbst 2018 vorgesehen.

zu 5 Sonstiges

Der Vorsitzende informiert, dass der Leiter der Oberförsterei Potsdam, Herr Hendtke, dem Wunsch aus der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses entsprechend, eingeladen worden ist. Eine Rückmeldung gebe es noch nicht.